

Europa vor den Wahlen 2019: Weniger Markt und dafür mehr Soziales!

15. November 2018, IntercityHotel Hannover

Wenn man sich die letzten 10 Jahre ansieht, scheint die Europäische Union (EU) von der einen zur anderen Krise zu stürzen. Am 26. Mai 2019 sind EU-Parlamentswahlen und populistische Parteien finden immer mehr Zuspruch. Besonders in den südeuropäischen Mitgliedsländern, wie z.B. Griechenland, die sehr unter der Austeritätspolitik, der Sparpolitik der EU im Zuge der Finanzkrise, leiden. Damit steht die EU vor großen Herausforderungen. Europa muss neu und gemeinsam gedacht werden. Das Soziale muss mehr in den Mittelpunkt rücken. Aber wie kann eine wirtschafts- und sozialpolitische Neuausrichtung Europas aussehen? Welches sind die zentralen Reformfelder? Über diese und weitere Fragen haben wir, in Kooperation mit dem DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, mit unseren Gästen in Hannover gesprochen.

In ihrer kurzen Begrüßung und Einführung betonten **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen, und **Johannes Grabbe**, Abteilungsleiter beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, dass die EU vor großen Herausforderungen stehe, wie den Rechtsruck in den europäischen Staaten und auch den Brexit. Das Soziale sei sehr wichtig und nicht nur ein Beiwerk.

Anschließend übernahm **Vanessa B. Krukenberg**, Geschäftsführende Gesellschafterin bei Beratung 42.0, die Moderation und bat die Podiumsteilnehmer_innen auf das Podium und darum, erste Einschätzungen zur Lage Europas zu machen. **Bernd Lange** MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament, hob dabei hervor, dass die Rechtspopulisten die allgemeine Unsicherheit und die Angst vor der Zukunft vieler Menschen auszunutzen wüssten. Hier müsste die EU etwas machen. Zusätzlich müsse die EU eine Art Re-Regulierung im sozialen Bereich machen, um das Soziale in der EU in den Mittelpunkt zu stellen und nicht den reinen Kapitalismus. **Dr.**

Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, betonte, dass man nicht vergessen dürfe, warum sich die Staaten damals zusammengeschlossen haben. Es handelte sich dabei um Staaten, die während des zweiten Weltkrieges verfeindet waren und sich vor allem aus dem Grund zusammengeschlossen haben, um



**Dr. Mehrdad
Payandeh**



Prof. Dr. Björn Hacker

mehr Wohlstand und Frieden für Alle sicher zu stellen. Probleme sehe er bei der Austeritätspolitik, dadurch sei die EU eher zu einem Botschafter der Armut, als des Wohlstands geworden. Ein soziales Europa sei ein absolutes Muss, dazu zählten auch gute Arbeitsverhältnisse und gute Arbeitsverträge, so Payandeh weiter. Man dürfe den Aufbau Europas nicht aufs Spiel setzen.

Prof. Dr. Björn Hacker von Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, sagte, dass man die EU mal von außen betrachten müsse. Es gäbe eine Menge Aspekte, die die EU sozial machen z.B. das europäische Sozialmodell. Allerdings wurde dies in einigen Punkten kaputt gemacht und daran müsse man arbeiten.

Hacker verwendete dabei das Bild einer Rolltreppe. Bislang hätten die meisten Menschen immer nur die Erfahrung gemacht, dass es aufwärts gehe. Nun aber habe sich dies umgekehrt und vielen komme die Rolltreppe entgegen. Deshalb müsse man das langsam angehen. **Antje Edler**, Geschäftsführung Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., sagte, dass es viele Faktoren gäbe, die die Herausforderungen für die EU größer machen. Da wären zum einen der Klimawandel und die ungleiche Ressourcenverteilung auf der ganzen Welt. Außerdem vergrößere sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr. Auch die Migrationsbewegungen seien eine große Herausforderung. Man müsse sich fragen was ein gutes Leben für Alle sei und was kann die EU dazu beitragen, so Edler weiter.



Antje Edler

Danach sprach Krukenberg CETA und TTIP an. Sie fragte, welche Rechte in den Freihandelsabkommen



Bernd Lange

aufgenommen werden müssen, damit es nicht zu einer Ablehnung und Protesten kommt? Lange antwortete darauf, dass die Handels- und Agrarpolitik teilweise sehr undemokratisch angegangen werde und sich da etwas ändern müsse, um mehr Demokratie zu bekommen. Auch Arbeitnehmer- und Umweltrechte sollten hineingeschrieben werden. Man müsse mehr Demokratie auf der EU-Ebene haben, betonte auch Payandeh. Hacker sprach darüber, dass die EU einen Rahmen für Soziales setzen müsse um eine Ober- und Untergrenze was z.B. die Rechte der Arbeiter_innen angehe, für solche Handelsabkommen abstecken zu können.

Diese könnten zum Beispiel so wie die Europäische Sozialsäule aussehen, die Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, im Jahr 2017 vorgestellt hat. Edler bemerkte, dass die Debatte darüber nur schleppend verlaufe und man nicht mehr genau wüsste, wo die Parteien sich voneinander unterscheiden. Einig waren sich die Podiumsteilnehmer_innen dabei, dass in vielen Punkten die gesellschaftliche Diskussion auf der EU-Ebene fehle. Lange und auch Payandeh forderten daher, mehr junge Menschen in den Diskurs einzubeziehen und ihnen klar zu machen, dass es dabei auch um ihre Zukunft gehe. Wenn man sich zum Beispiel bewusst mache, dass viele Bürger_innen sich benachteiligt fühlen, jammern Deutsche auf hohem Niveau, sagte Hacker. Man müsse das Rad nicht



v.l.: Payandeh, Hacker, Krukenberg, Lange und Edler

sicherstellen müsse, dass der Wohlstand mehr bei den Menschen ankommt. Auf die Nachfrage Krukenbergs, wie die Europäische Parlamentswahl nächstes Jahr ausgehen könne, waren sich die Podiumsteilnehmer_innen einig. Es käme auf uns alle an. Jede Stimme Pro-EU sei ein Gewinn und erhöhe die Politikbegeisterung bei jungen Menschen. Das sei gerade nach den Erfahrungen mit dem Brexit und der Trump-Wahl wichtig.

neu erfinden, da es genug Ideen gäbe, wie zum Beispiel die von Angela Merkel geforderten Eurobonds. Allerdings haben die anderen Mitgliedsländer diese sehr schnell von der Agenda gestrichen und werden seit dem tabuisiert. Im Weiteren drehte sich die Diskussion um Benefits für Unternehmen und ob die Interessen der Unternehmen in den Handelsabkommen mehr zählen, als die der Bevölkerung. Lange betonte, dass es Unsicherheiten in der Bevölkerung gäbe und man



Vanessa B. Krukenberg

Am Ende wurde die Runde noch für Fragen aus dem Publikum geöffnet. Dabei wurde unter anderem von Zuhörer_innen angemerkt, dass oft die Klimaziele missachtet werden und es der Wirtschaft auch oft an Nachhaltigkeit fehle. Ein Anderer fragte nach den Zielen der EU gefragt. Ihm fehle eine Art Richtungs- und Zielplan für die EU und die Leute, die so etwas umsetzen würden. Zum Schluss kam die Frage auf, wie möglichst viele junge Menschen auch ohne akademischen Hintergrund gewonnen werden könnten, am 26. Mai 2019 zur Wahl zu gehen. Daraufhin antwortete Hacker, dass es um alle gehe und es stimmt, dass die EU erst mehr für Studierende getan hätte wie mit dem Erasmus-Programm. Allerdings gäbe es mittlerweile auch Erasmus+, welches sich an Auszubildende wendet, die dann auch im europäischen Ausland eine Zeit ihrer Ausbildung verbringen könnten. Er betonte, dass es in der EU auch weiterführende Pläne gebe, diese Programme weiter auszubauen. Daran müsse weiter gearbeitet werden und das gehe nur gemeinsam.